

Ein Anti-Banden-Gesetz in El Salvador

Auch der linke Präsident Funes geht mit harter Hand gegen die Mara-Jugend-Gangs vor

Obwohl für Prävention und Rehabilitation offen, sieht sich die Regierung in El Salvador gezwungen, mit harter Hand gegen das Bandenunwesen vorzugehen. Die Maras sind von Quartier-Gangs zum Element des organisierten Verbrechens geworden.

Peter Gaupp, San José de Costa Rica

Vom 7. bis 9. September sind der öffentliche Verkehr und das Geschäftsleben in den Städten El Salvadors zu einem guten Teil lahmgelegt gewesen. Laut Medienberichten blieben bis zu 80 Prozent der Busse in den Depots und 70 Prozent der Läden geschlossen. 2000 Soldaten patrouillierten in den Strassen, Militärfahrzeuge und ein paar private Lastwagen beförderten Pendler. Zu gewaltsamen Zwischenfällen kam es nicht.

Drohung mit Entschuldigung

Es handelte sich nicht um einen von Gewerkschaften oder Gewerbetreibenden organisierten Streik, sondern um einen «Protest» gegen die Regierung, den die sonst in blutige Rivalitäten verstrickten Jugendlichen-Banden Mara-18 und Mara Salvatrucha gemeinsam angeordnet hatten. Dazu dienten Auftritte verummterter Sprecher im Fernsehen und Flugblätter, auf denen die Gangs Transportunternehmern und Geschäftsleuten, die sich ihrem Ansinnen widersetzen, mit «Konsequenzen» drohten.

Gleichzeitig entschuldigten sich die Sprecher der Maras beim Publikum für allfällige Unannehmlichkeiten; einziges Ziel ihrer Aktion sei es, wie andere gesellschaftliche Gruppen von den Behörden angehört zu werden. Ferner verlangten sie wie Advokaten des armen Volkes die Erhöhung des Mindestlohns, Preissenkungen für Lebensmittel und Grundbedarfsgüter, das Einfrieren der Tarife im öffentlichen Verkehr sowie die Preisregulierung bei Strom und Wasser.

Präsident Mauricio Funes liess sich freilich von dem Gebräu aus Erpressung und Populismus nicht beeindrucken und setzte am 9. September das Anti-Banden-Gesetz in Kraft, das der eigentliche Dorn im Auge der Maras war. Acht Tage zuvor hatten im Parlament in seltener Einmütigkeit zwischen der linken Regierungspartei FMLN und der rechten Opposition 78 von 84 Abgeordneten der Vorlage zugestimmt. Die Regierung bekräftigte ihre Ablehnung eines Dialogs mit den Banden, und Funes stellte fest, diese hätten mit ihrer «verzweifelten» Aktion das Land nicht zu paralysieren vermocht.

Der Präsident, ein ehemaliger Fernsehmann, der im letzten Jahr als Kandidat der Partei der früheren Guerilla ge-



Aufnahme aus dem Gefängnis Quezaltepeque, in dem über 400 Maras inhaftiert sind. Der Fotograf Christian Poveda, der drei Jahre lang das Leben in der Mara-18 dokumentiert hatte, wurde vor einem Jahr ermordet.

CHRISTIAN POVEDA / AGENCE VU

wählt wurde, hat eine Kehrtwende vollzogen. Als Oppositionspolitiker hatte er die Politik der harten Hand, mit der seine beiden Vorgänger von der rechten Arena-Partei das Mara-Unwesen beseitigen wollten, verurteilt und versprochen, dessen Ursachen mit einer fortschrittlichen Sozialpolitik zu Leibe zu rücken.

Diese braucht jedoch Zeit, um zu wirken, erst recht, wenn die Mittel der Regierung dürftig sind; bei den bereits in die Kriminalität abgerutschten, von der Umwelt stigmatisierten und von den Sicherheitskräften oft brutal behandelten Jugendlichen kommt die Prävention zu spät, und Versuche zu ihrer Reintegration sind selten erfolgreich. «Kurzfristig muss die Gewalt mit Repression bekämpft werden», räumte Funes ein.

Verbotene Mitgliedschaft

So ordnete die Regierung zu Beginn dieses Jahres, als die Mordrate in dem kleinen Land mit 7,3 Millionen Einwohnern auf etwa 13 Fälle pro Tag gestiegen war, den Einsatz der Armee in den Strassen an. Als Mitte Juni Mitglieder der Mara-18 einen Kleinbus voller Passagiere in Brand steckten und 17 Menschen starben, legte Funes die Überwachung der Gefängnisse in die Hände des Militärs und kündigte das Sondergesetz zum Verbot der Maras an.

Dieses stellt die Zugehörigkeit zu den Banden unter eine Strafe von 6 Jahren für gewöhnliche Mitglieder und von 10 Jahren für Anführer. Minderjährige sind ausgenommen und werden nach dem Jugendstrafrecht behandelt. Straftat sind auch die Zusammenarbeit mit den Maras und ihre Finanzierung. Ein 2003 in Kraft gesetztes ähnliches Gesetz der Arena-Regierung unter Präsident Flores war vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt worden, weil es als Beweis für die Bandenzugehörigkeit äussere Merkmale wie Tätowierungen zuliesse.

Die jetzige Norm zählt die bekannten Maras namentlich auf und überlässt es der Justiz, die Kriterien für die Zugehörigkeit zu definieren. Weitergehende Vorschläge der Arena wie die Schaffung einer Anti-Gang-Spezialtruppe, die In-

ternierung gefährlicher Mareros auf einer Insel im Golf von Fonseca, der obligatorische Militärdienst für Bandenmitglieder ab 16 Jahren oder ihre Einlieferung in militarisierte Landwirtschaftsbetriebe blieben unberücksichtigt.

Namentlich verboten sind laut dem neuen Gesetz aber nicht nur die Jugendlichen-Gangs, sondern auch kriminelle Vereinigungen wie die Sombra negra (Schwarzer Schatten). Diese machte in den neunziger Jahren neben der Polizei Jagd auf Mara-Mitglieder und hat seither offenbar Nachahmer gefunden. In El Salvador spricht man von «grupos de exterminio social», Gruppen also, welche die Säuberung der Gesellschaft mittels Ausrottung betreiben.

Gefängnisse bereits überfüllt

Gegner des Gesetzes, vor allem aus privaten Organisationen zur Prävention der Jugendkriminalität, beklagen den repressiven Geist des Gesetzes. Sie befürchten, dass die salvadorianischen Gefängnisse durch eine Welle von Inhaftierungen noch weiter strapaziert werden könnten. Bereits sitzen in Anstalten, die für etwas über 9000 Häftlinge geplant wurden, deren 21 000. Gewalt ist an der Tagesordnung, und laut dem letzten Menschenrechtsbericht des amerikanischen Aussenministeriums sind die Gangs innerhalb der Gefängnisse einflussreich. Oft gehen die Insas-

sen weiter kriminellen Tätigkeiten nach, und Waffen, Drogen und Telefone werden in die Zellen geschmuggelt, oft mit Komplizenschaft von Wächtern.

Ob Funes' Politik der harten Hand, für die er auch bei den Vereinigten Staaten um Hilfe ersucht hat und die er mit den Nachbarländern, in erster Linie mit Honduras und Guatemala, koordinieren möchte, mehr Erfolg haben wird als jene seiner Vorgänger, bleibt also abzuwarten. Die Regierung verweist aber bereits auf einen Rückgang der Mordrate auf unter 10 pro Tag bis im Juli als Resultat des Militäreinsatzes.

Dass die Maras längst nicht mehr als blosses Phänomen einer von der übrigen Gesellschaft marginalisierten «Jugendkultur» gelten können – Imponiergehebe im Schutz der Gruppe, gewaltsamer Territorialismus und Kleinkriminalität eingeschlossen –, ist offensichtlich. Was meist unfreiwillige junge Heimkehrer an Verhaltensweisen aus nordamerikanischen Grossstädten wie Los Angeles nach El Salvador brachten, wird von den Maras schon seit Jahren in kriminell gesteigerter Form in die Nachbarländer verbreitet und sogar in die Vereinigten Staaten zurückexportiert.

Schwierige Vermittlung

Die Maras sind nicht mehr nur in den Armenvierteln von San Salvador aktiv, sondern auch in der zweitgrössten Stadt des Landes, San Miguel, und im Hafen La Unión verwurzelt. Aus Quartier-Gangs sind mafiöse Organisationen geworden, die Schutzgelder erpressen und als Feinverteiler am Drogenhandel partizipieren. Für die Spitzen des Drogengeschäfts, die nicht in den Armenvierteln wohnen, sind die Mareros die besten und billigsten Rekruten.

Hoffnungslos zwischen die Fronten geraten sind Leute, die zwischen den Maras und dem Staat vermitteln wollen. Der aus Spanien stammende Priester Antonio Rodríguez López, Quartierpfarrer in Mejicanos, wo im Juni das «Bus-Massaker» stattfand, ist der Ansicht, nicht jeder Pandillero (Gang-Mitglied) sei ein Gewaltverbrecher, und hat sich für Gespräche mit den Maras eingesetzt. Er ist inzwischen aus einer Kommission, die sich mit dem Bandenwesen befasst, ausgeschlossen worden.

Ein tragisches Schicksal erlitt der spanisch-französische Fotograf und Filmemacher Christian Poveda, der während dreier Jahre das Leben in der Mara-18 dokumentiert hatte und für sein Werk («La vida loca» – das verrückte Leben) ausgezeichnet worden war: Er wurde vor einem Jahr mit vier Schüssen ins Gesicht getötet, anscheinend von Mitgliedern der Mara-18, bei denen Poveda von einem korrupten Polizisten als Informant der Behörden ange-schwärzt worden war.

Mordraten in Zentralamerika

Zahl der Opfer pro 100 000 Einwohner (2003–2008)

